

Bericht

des

Finanz- und Budgetausschusses

über

den Antrag der Abgeordneten Dr. Reich, Dr. Mataja und Genossen
(122 der Beilagen), betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes
vom 5. Februar 1919, St. G. Bl. Nr. 100.

In Rücksicht auf die im Antrage näher erörterten berechtigten Wünsche der Kanzleioffizianten und Kanzleioffiziantinnen, Kanzleigehilfen und Kanzleigehilfinnen beantragt der Ausschuss:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

„Der Antrag der Abgeordneten Dr. Reich, Dr. Mataja und Genossen, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 5. Februar 1919, St. G. Bl. Nr. 100 (Nr. 122 der Beilagen), wird anlässlich der angekündigten Regelung der Stellung und der Bezüge der gesamten staatlichen Beamtenschaft der Staatsregierung zur Würdigung abgetreten.“

Wien, 30. April 1919.

Dr. Richard Weiskirchner,
Obmann.

Dr. Michael Mayr,
Berichterstatter.